

MITTEILUNGEN

Nr. 102 (23. Jhrg.)

Februar 1983

Humanistische
Union

B 20885 F

Erklärung der Humanistischen Union zu den Kundgebungen anlässlich des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis

Für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft wie diejenige, die das Grundgesetz entworfen hat, ist es lebenswichtig, daran zu erinnern, eine wie schwere Aufgabe es ist, sicher zu stellen, daß die Grund- und Menschenrechte jederzeit und gegenüber jedermann gewahrt werden, und wie schnell es geschehen kann, daß Grund- und Menschenrechte durch verbrecherische Politiker und ihrer Gefolgsleute auf das Schwerste verletzt und wirkungslos gemacht werden können.

Erst 50 Jahre ist es her, daß deutsche Bürgerinnen und Bürger eine solche kriminelle Manipulation erleben mußten, in die Tat umgesetzt durch Adolf Hitler und seine Komplizen. Binnen weniger Wochen wurde damals aus einer Demokratie eine Diktatur, in der Freiheit und Humanität mit barbarischen, brutalen Methoden beseitigt worden waren.

Im mahnenden Gedenken hieran fühlt sich eine Bürgerrechtsorganisation wie die Humanistische Union ganz besonders dazu verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Machtübertragung auf Hitler und die Nazis keineswegs etwa, wie gelegentlich von oberflächlichen Betrachttern manchmal sogar noch heute erklärt wird, auf legale Weise erfolgt ist. Denn die seinerzeitige rechtswidrige zwangsweise Fernhaltung von über 80 Abge-

ordneten von der Reichstagsitzung am 23. März 1933 hat eindeutig bewirkt, daß der Beschluß über das berüchtigte Ermächtigungsgesetz verfassungswidrig zustande gekommen und somit nichtig war.

Kriminell wurde die Macht ergriffen und kriminell wurde sie ausgeübt. Millionen Tote in Konzentrationslagern — 1933 noch pervers von den Nazis als „Schutzhaft-Lager“ bezeichnet —, in Gefängnissen und in den von den Nazis vorsätzlich angezettelten Angriffskriegen waren die Folge.

Um neue Entwicklungen dieser oder ähnlicher Art zu verhindern, muß dies alles immer wieder in unser Gedächtnis zurückgerufen werden. Daher haben Gedenktage wie der 30. Januar 1983 höchsten existenziellen Wert. Dies erwägend begrüßt die Humanistische Union die Mahnfeiern und Demonstrationen. Sie wünscht ihnen einen würdigen Verlauf.

München im Januar 1983

Es war kein Verteidigungskrieg

Die Stadt Nürnberg lud zur alljährlichen Gedenkfeier am Volkstrauertag ein, um der „Opfer der beiden Weltkriege und der nationalsozialistischen Herrschaft“ zu gedenken.

Es gab massiven Protest von Pazifisten gegen diese Veranstaltung, die meinten, daß hierbei zu sehr Pflichterfüllung und Heldentum verherrlicht und der sinnlose Opfertod verharmlost werde. Hier eine Stellungnahme des Ortsverbandes Nürnberg zu den Vorgängen um den Volkstrauertag:

Wir unterstützen den gewaltfreien Protest aller pazifistischen und antifaschistischen Organisationen, die sich gegen die traditionelle Form der Feier des Volkstrauertages in unserer Stadt wenden. Wir halten es für eine gefährliche geschichtliche Verfälschung, wenn der Oberbürgermeister sagt: „Wir stehen zu den Soldaten, die Heimat und Vaterland verteidigt haben.“ —

Beide Kriege, der erste und zweite Weltkrieg, waren verbrecherische, völkerrechtswidrige Angriffskriege, die von deutschem Boden ausgingen. Wir dürfen nicht unser Gewissen damit beruhigen, daß wir die Gefallenen zu Helden machen, wir müssen vielmehr erzürnt sein über ihren sinnlosen Tod. Wir trauern um die Kinder, Frauen und Männer, die hilflos Faschismus und Militarismus geopfert wurden. Träger dieses Gedenktages müssen vor allem sein — wenn nicht die sinnlose traditionelle Heldenverehrung aufrecht erhalten werden soll — die Organisationen der Kriegsoffer, der Verfolgten und die Friedensbewegung.

Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union

Der Bundesvorstand hat beschlossen, die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union für den 11./12. Juni 1983 nach Mainz einzuberufen. Welche Bedeutung die Delegiertenkonferenz hat und welche Aufgaben ihr zukommen, ist in § 9 der Satzung festgelegt; dort heißt es u.a.:

„Die Delegiertenkonferenz berät und beschließt über die ihr vorgelegten oder aus ihrer Mitte kommenden Anträge, insbesondere über die vergangene und zukünftige Tätigkeit des Vorstandes, die Entlastung des Vorstandes, die Grundsätze der Haushaltsplanung, die Mitgliederbeiträge sowie über Satzungsänderungen.

Sie wählt für die Dauer von zwei Jahren in getrennten Wahlgängen den Vorsitzenden, den übrigen Vorstand, das Schiedsgericht, den Diskussionsredakteur, die Wahlkommission und zwei Revisoren. Wählbar ist jedes Mitglied des Vereins.“

Die Mitglieder und Ortsverbände der Humanistischen Union werden hiermit aufgerufen, gemäß der Satzung und der Wahlordnung

der Humanistischen Union Kandidaten für die Delegiertenwahl vorzuschlagen. Für das Vorschlags- und Wahlverfahren verweisen wir auf die diesen „Mitteilungen“ beiliegende Wahlordnung. Außerdem bitten wir, die §§ 9-11 der Satzung zu berücksichtigen.

Die Delegierten werden in einzelnen Wahlkreisen, die mit den Bundesländern identisch sind, gewählt. Dabei kommt auf je angefangene 75 Mitglieder ein Delegierter. Delegiertenkandidaten können von je einer Gruppe von mindestens 10 Mitgliedern oder von jeder Ortsverbandsmitgliederversammlung vorgeschlagen werden.

Gewählt werden die Delegierten eines Bundeslandes schriftlich von allen dort ansässigen Mitgliedern. Mitglieder, deren Ortsverband in einem anderen Bundesland als ihr Wohnsitz liegt (z.B. Wohnsitz Niedersachsen, Ortsverband Hamburg) möchten uns bitte rechtzeitig mitteilen, für welches Bundesland sie Delegierte wählen wollen.

Die Kandidatenvorschläge müssen bei der Wahlleiterin (Bundesgeschäftsstelle in Mün-

chen) bis zum 10. März 1983 auf den dafür vorgesehenen Formblättern (erhalten Orts- und Landesverbände ohne Anforderung; interessierte Mitglieder bitte bei der Geschäftsstelle anfordern!) eingegangen sein. Nachträglich eingehende Kandidatenvorschläge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Auszählung der Stimmen erfolgt öffentlich; den Termin erfahren Sie ab Mitte März in der Geschäftsstelle (Tel. 089/226441/42).

Anträge an die Delegiertenkonferenz müssen bei der Bundesgeschäftsstelle bis zum 14.5.1983 vorliegen, damit sie in den „Mitteilungen“ veröffentlicht werden können. Es wäre jedoch für die Fertigstellung der „Mitteilungen“ eine große Erleichterung, wenn die Anträge an die DK schon sehr viel früher vorliegen würden. Deshalb die Bitte an alle Mitglieder und Ortsverbände: **Schicken Sie Ihre Anträge so früh wie möglich an die Geschäftsstelle** oder bis zum angegebenen Redaktionsschluß der nächsten „Mitteilungen“ (gilt auch für alle anderen Beiträge!), der auf den 22.4.1983 festgelegt wurde. Danke.

Verwaltung siegt über den Bürger

Die Meldegesetze der Länder lassen befürchten, daß die Bürgerrechte den Machtinteressen des Verwaltungsapparates untergeordnet werden. Das Melderechtsrahmengesetz (MRRG), das 1980 vom Bundestag verabschiedet wurde, verpflichtete die Bundesländer bis Ende 1982, ihre Landesmeldegesetze diesem Rahmengesetz anzupassen. Die Gesetzentwürfe wurden rechtzeitig in allen Ländern vorgelegt, in den Ländern Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen sind Gesetze schon in Kraft getreten.

In den Landesverbänden der HU bemühen sich Mitglieder darum, Stellungnahmen zu den Meldegesetzen zu erarbeiten. Und dies, obwohl die Hoffnung nur noch sehr gering ist, daß durch öffentliche und parlamentarische Diskussionen offensichtlich Anmaßungen der Exekutive verhindert und einer lückenlosen Kontrolle der Bevölkerung Einhalt geboten werden kann. Wir zitieren nachfolgend aus dem Vorwort der Stellungnahme des Landesverbandes Berlin zum Entwurf des Gesetzes über das Meldewesen in Berlin (EMG):

Will man zum Gesetz über das Meldewesen in Berlin (Meldegesetz) (im folgenden: EMG) Stellung beziehen, dann befindet man sich in der unglücklichen Lage, über etwas befinden zu müssen, was zu großen Teilen innerhalb der Berliner Verwaltung schon seit langem entweder ohne besondere Regelung oder aufgrund der bereits bestehenden Meldevorschriften praktiziert wird. Der Stellungnehmende befindet sich also in der Position, in der ihm wohl mahnende und kritische Worte erlaubt sind, er dies aber in dem Bewußtsein tut, daß er über einen Gesetzentwurf zu befinden hat, dessen notwendige und vorausgesetzte technische und operative Infrastruktur bereits unter Aufwendung immenser Kosten vollzogen sind. Denn die Materie des Melderechts erschöpft sich keineswegs in bestimmten Meldepflichten des Bürgers, die dieser befolgen soll, sondern hat in den letzten zehn Jahren im gesamten Bereich der Länderinnenverwaltungen zur Schaffung einer informationstechnologischen Vernetzung der einzelnen Verwaltungen untereinander geführt.

Der EMG stellt zu weiten Teilen nur die gesetzliche Anpassung an diese faktische Entwicklung dar, zugleich wurde die Gelegenheit der Anpassung des Melderechts dazu genutzt, in einem in dieser Republik bisher unbekanntem Ausmaß via das Melderecht die Kontrollpotenz des Staates über den Bürger gesetzlich festzuschreiben bzw. zu erhöhen. Diese Situation vermag die Position des kritischen Mahners etwas lächerlich erscheinen lassen. Gleichwohl wird man die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, daß als Ergebnis der hoffentlich einsetzenden öffentlichen und parlamentarischen Diskussion nicht nur die Verhinderung ganz offensichtlicher Anmaßungen der exekutiven Autoren des Gesetzestextes möglich ist, wie z. B. das Recht zur erkennungsdienstlichen Behandlung durch die Meldebehörden oder die nur unter Bruch der ärztlichen Schweigepflicht mögliche Einsicht in die Patientendateien der Krankenhäuser, sondern daß auch generell der im EMG manifestierten Absicht nach lückenloser Kontrolle nicht nur des Wohnverhaltens der Bevölkerung Einhalt geboten wird.

Sollte der vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über das Meldewesen in Berlin (Meldegesetz) ohne wesentliche Abstriche an seiner grundsätzlichen Konzeption verabschiedet werden, dann hätte die Exekutive einen seit über zehn Jahren andauernden heftigen Kampf zugunsten von Verwaltungseffizienz und gegen das Recht des Bürgers auf Freiheit von staatlicher Kontrolle für sich entschieden.

Das EMG versteht sich als landesrechtliche Anpassung an das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) des Bundes, das im Juni 1980 nach insgesamt drei gescheiterten Anläufen

vom Bundestag verabschiedet worden ist. Entgegen den früheren Anläufen wurde der Verzicht auf die Bereitstellung der bei den Meldebehörden gespeicherten Daten für alle möglichen Verwaltungszwecke im MRRG als die Abkehr von Vorstellungen zur Schaffung eines „Einwohnerwesens“ verstanden. Das Melderecht sollte wieder auf seine klassische Funktion der Feststellung und des Nachweises von Identität und Wohnung der Einwohner reduziert werden. Der Verzicht auf das damals geplante numerische Personenkenzeichen für öffentliche Verwaltung und privaten Bereich sollten diesen Wandel ebenso signalisieren wie die bei genauerer Analyse allerdings nur zahlenmäßige Beschränkung der zu speichernden Daten sowie die Verwendung der den Datenschutzgesetzen nachgebildeten Terminologie für Beschränkungen des Transfer von Daten.

Angesichts der vorgenommenen Restriktionen gegenüber früheren Entwürfen trat aber

Zugleich wird bei der Analyse des EMG (wie auch schon bei der des MRRG des Bundes) deutlich, daß die Reduzierung des Melderechts auf seine klassische Funktion auf jeden Fall nichts anderes bedeutet, als daß die Sicherheitsbehörden heute wie früher die primären Interessenten der Daten der Melderegister sind.

Angesichts der heute verwandten Informationstechnologien ist die damit verbundene Informations- und Kontrollpotenz in außerordentlicher Weise gestiegen. Daß der Einsatz staatlichen Machtpotentials via das Meldewesen — auch bereits als konventionelle, manuell geführte Karteien — das Handwerk staatlicher Herrschaft außerordentlich erleichtern kann bis zur Schreckensherrschaft, dessen sollte man sich gerade in Deutschland bewußt bleiben. Andere Länder wie Frankreich, England und die USA haben aus ihrer liberalen demokratischen Tradition heraus seit jeher auf auch nur annähernd ver-

1984 hat längst begonnen

Neue Technologien — neue Medien

Die neue Broschüre des „Bremer Arbeitskreises Neue Medien“ ist eine der besten Zusammenfassungen, die von einer Bürgerinitiative gegen Neue Medien etc. gemacht wurde.

Kontaktadresse: Christiane Bodammer, Vorstr. 48, 2800 Bremen. Die Broschüre erhalten Sie gegen Voreinsendung von DM 3,— + Porto DM 1,30 auf das Konto der HU, Commerzbank Bremen, Kto.-Nr. 103117800.

beim MRRG nun umso klarer hervor, daß der Sicherheitsbereich und seine Behörden außerordentlich privilegiert worden waren. Das MRRG erlaubt den Sicherheitsbehörden den Zugriff auf die bei den Meldebehörden gespeicherten Daten in nahezu unbeschränkter Weise.

Dieses gleichsam konstitutive Merkmal des MRRG trat jedoch in den Hintergrund. Zu groß war die Erleichterung, daß frühere Absichten zum Aufbau eines Systems „Einwohnerwesen“ nicht umgesetzt worden waren.

In den Chor der Befürwortung mischten sich jedoch schon damals vereinzelt Stimmen, insbesondere von Seiten der Datenschutzbefürworter, die die eigentliche Nagelprobe auf die freiheitliche Ausgestaltung des Melderechts in der Anpassung der Landesmeldegesetze an das MRRG sahen.

Die Befürchtungen des Jahres 1980 werden durch den EMG nicht nur bestätigt. Der EMG geht in äußerst bedenklicher Weise über das hinaus, was bereits das MRRG des Bundes in bedenklicher Weise erlaubt hat.

gleichbare Meldepflichten verzichtet und Versuche, ähnliche Meldepflichten einzuführen werden wegen der Konsequenz zentralisierter Erfassung der Bevölkerung und nicht zuletzt auch mit Hinweis auf die Erfahrungen während des deutschen Faschismus heute noch abgelehnt.

Wenn man entsprechend der deutschen Tradition nicht generell auf das Instrument des Melderechts verzichten will, so müßte es erstes Ziel der Novellierung sein, jedweder Mißbrauchsmöglichkeit vorzubeugen. Daß der vorliegende EMG vor allem die Informations- und Sicherheitsinteressen des Staates über die Sicherheitsinteressen des Bürgers vor staatlichem (Informations-) Eingriff stellt, gibt Anlaß zur Besorgnis, daß einmal mehr zentrale Bürgerrechte den Gesichtspunkten fragwürdiger Verwaltungseffizienz untergeordnet werden, die in Wirklichkeit verschleierte Machtinteressen von Bürokratien sind. Die Stellungnahme kann im Wortlaut als Broschüre bestellt werden zum Preis von DM 2,— beim LV Berlin der HU, Kufsteiner Str. 12, 1000 Berlin 62.

HU mahnt Änderung der Abhörgesetze an

Bayern und Niedersachsen haben ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach 12 Jahren noch immer nicht berücksichtigt.

Die Humanistische Union hat die bayerische Staatsregierung und die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz („Abhörgesetz“) in Übereinstimmung mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu bringen.

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1970 muß der Betroffene von Abhörmaßnahmen und sonstigen Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nachträglich verständigt werden, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Beschränkung möglich ist. Ein Kontrollorgan, die sogenannte G 10-Kommission, hat darüber zu wachen, daß der zuständige Minister dieser Verpflichtung auch tatsächlich nachkommt.

In Schreiben an den bayerischen Staatsminister Hillermeier und den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff wies die HU darauf hin, daß Bayern und Niedersachsen die beiden einzigen Bundesländer sind, deren Abhörgesetze — 12 Jahre nach dem Verfassungsurteil — eine Beteiligung der G 10-Kommission bei der Benachrichtigung der Betroffenen noch immer nicht vorsehen. Die HU beanstandete ferner, daß in dem bayerischen Abhörgesetz die Einschaltung der G 10-Kommission vor Vollzug der Abhörmaßnahmen nicht vorgesehen ist.

Zur Abhörpraxis hat die HU eine Reihe von Fragen gestellt. Die HU möchte u.a. wissen, wieviel Abhörmaßnahmen und sonstige Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses bisher von den Innenministern angeordnet wurden und in wieviel Fällen die betroffenen Bürger nachträglich verständigt worden sind.

Die Presse hat über den Sachverhalt — vor allem in niedersächsischen Zeitungen — ausführlich berichtet. Der niedersächsische Innenminister ließ inzwischen mitteilen, daß er, um jede Rechtsunsicherheit bei den Bürgern zu vermeiden, dem Kabinett in nächster Zeit eine Änderung des Gesetzes vorschlagen werde. Die bisherige niedersächsische Praxis habe zu keinerlei Schwierigkeiten geführt, da den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Rechtsgrundsätzen Rechnung getragen worden sei.

Möcklinghoff betonte, daß trotz dieser fehlenden gesetzlichen Regelung der Verfassungsschutz gehalten sei, Beschränkungsmaßnahmen erst nach Zustimmung der G 10-Kommission zu vollziehen. Auch über die Frage der Benachrichtigung hat diese Kommission zu entscheiden.

Die niedersächsische G 10-Kommission amtiert in Niedersachsen bereits seit 1974 und ist seitdem nicht neu bestellt worden. Die Namen der Kommissionsmitglieder werden geheimgehalten. In einem Brief an den Landtagspräsidenten kritisierte die HU, daß in Niedersachsen noch nicht einmal die Postanschrift der Kommission als Anlaufadresse für die Bürger ins Landtagshandbuch aufgenommen worden sei.

Aus dem bayerischen Innenministerium lag bis zum Druck der Mitteilungen noch keine Antwort vor!

Bürgerrechte sind in Gefahr

Beim Streit für Frieden und gegen Arbeitslosigkeit werden die Bürgerrechte ganz aus den Diskussionen ausgeklammert. Die HU plädiert für die Verteidigung und Fortentwicklung der rechts- und innenpolitischen Reformen; ihr Appell war am 11.1.83 in der Frankfurter Rundschau abgedruckt:

Nicht nur Arbeitslosigkeit, Konkurse und Verdienstminderung sind Zeichen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Ohne Widerstand sind auch Errungenschaften etwa im Mietrecht oder im Bildungswesen in gleicher Weise bedroht, wie die rechtsstaatlichen Garantien der Freiheitsrechte. Wir Deutschen wissen aus den bitteren Erfahrungen vor fünfzig Jahren, wohin es führt, wenn man meint, einer Wirtschaftskrise auf Kosten sozialer Sicherungen und persönlicher und demokratischer Freiheitsrechte Herr werden zu können.

Deshalb ruft die HUMANISTISCHE UNION über parteipolitische Differenzen hinweg insbesondere liberale, sozialdemokratische und grüne Organisationen, Basisbewegungen, Wahlkomitees und Bürgerinitiativen, angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes dazu auf, beim Streit für Frieden und gegen Arbeitslosigkeit den Kampf um Bürgerrechte nicht zu vernachlässigen. Wir sehen die Gefahr, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise dazu ausgenutzt wird, rechts- und sozialstaatliche Sicherungen abzubauen.

1. Die Freiheit der Person ist unverletzlich; deshalb darf der Schutz der persönlichen und vertraulichen Daten nicht durch Sicherheitsvorstellungen von Polizei und Geheimdiensten durchlöchert werden.
2. Demonstrationskosten sind Demokratiekosten; deshalb darf das Demonstrationsrecht weder durch kollektive Strafbestimmungen noch durch Geldforderungen ausgehöhlt werden, zumal beides auch friedliche Teilnehmer treffen muß.
3. Grundrechte haben Vorrang vor der Großtechnik; deshalb darf das Genehmigungsverfahren bei großtechnischen Anlagen nicht so geregelt werden, daß in Zukunft die Einspruchsmöglichkeiten von Anlie-

gern und unmittelbar Betroffenen nur noch unzulänglich zur Geltung gebracht werden können.

4. Der Privatbereich ist eine unverletzliche Freiheitssphäre; deshalb dürfen keine neuen Informationstechnologien und Neue Medien eingeführt werden, die nicht gegen jede Form des Mißbrauchs gesichert sind.

Statt der Einschränkung von Freiheitsrechten ist angesichts neuer Techniken eine Fortentwicklung dieser Rechte erforderlich. Dazu gehören insbesondere:

1. Ein Antidiskriminierungsgesetz, das ein wirksamer Schritt sein kann zur Gleichstellung der Frauen und zum Schutz für Minderheiten.
2. Ein Informationsrecht des Bürgers auf Akteneinsicht gegenüber staatlichen und kommunalen Behörden als Schutz vor staatlicher Übermacht.
3. Eine Psychiatriereform, die psychisch Kranke in besonderen Schutz nimmt und deren Bürgerrechte sichert.
4. Eine Waffengleichheit im Strafverfahren, indem das Übergewicht staatlicher Institutionen wieder abgebaut wird. Allein der Grundsatz liberaler Verteidigung darf maßgeblich sein, daß jeder als unschuldig zu gelten hat, solange er nicht rechtskräftig verurteilt ist.

Diese Bürgerrechte kosten kein Geld; aber sie stellen ein Minimum dar, das vor allem in wirtschaftlichen Krisenzeiten gefordert werden muß und für den inneren Frieden unserer Gesellschaft notwendig ist.

Ein Werbeblatt der HU mit dem Text dieses Appells liegt diesen Mitteilungen bei; bitte geben Sie es an Interessierte weiter.

Bürger sollen sich selbst schützen ...

Hans Günter Brauch / Alfred Schrempf: „Giftgas in der Bundesrepublik — chemische und biologische Waffen“; Fischer Taschenbuch Verlag „Informationen zur Zeit“, Bd. 4243, DM 12,80.

In der ganzen Diskussion um die Abrüstung der Atomwaffen-Arsenale gerieten bisher die chemischen und biologischen Kampfstoffe als ebenso schreckliche Waffen in den Hintergrund. Die Autoren, ein Friedensforscher und ein Chemiker, wollen diesen Hintergrund mit Fakten aufhellen, die sie mit der Zeitgeschichte und den Äußerungen der wissenschaftlich und politisch Verantwortlichen im Zusammenhang darstellen.

Ein Thema, das uns alle angeht ist die Problematik der Lagerung von chemischen Waffen in der Bundesrepublik. Dieses Vernichtungspotential kann nicht nur im Krisenfall bei Zerstörung durch einen „Feind“ für uns selbst zum Bumerang werden, es ist auch bei Unfällen, wie sie in Okinawa und Utha vorkamen, zu einer einschätzbaren Bedrohung für die Bevölkerung in „Friedenszeiten“ geworden.

Dazu zitiert das Buch Dr. Schneider vom Bundesverband für Zivilschutz: „... Unverantwortlich handelt nach unserer Auffassung derjenige, der sich nicht durch Selbstschutzmaßnahmen vor den Gefahren moderner Angriffswaffen schützt.“ Angenommen, die Aussage des Dr. Schneider besitzt Gültigkeit, wäre es für die Bevölkerung wichtig zu erfahren, wo welche chemischen Kampfstoffe gelagert sind. Die für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortliche Bundesregierung verweist bei Anfragen aus Kompetenzgründen auf den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen in der BRD und das Nato-Truppenstatut, das den Amerikanern die Stationierung sämtlicher Waffen erlaubt, die sie zur Verteidigung der Bundesrepublik benötigen! Aus militärstrategischen Gründen versteht sich jedoch eine Geheimhaltung von selbst.

Das Buch faßt die Informationen über chemische und bakteriologische Kampfstoffe übersichtlich und verständlich zusammen und bietet somit eine nützliche Argumentationshilfe für jeden, der in unserem Rüstungszeitalter nicht blind auf das Verantwortungsbewußtsein der Politiker und der Rüstungsindustrie vertraut.

Werner Sturm

Bremer Bürger sehen der Polizei auf die Finger Nun kommen auch die Gummigeschosse

Wie in den letzten „Mitteilungen“ schon berichtet, hat die HU Bremen vor kurzem die Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“ mitgegründet. Auslöser dazu war ein Buch über „den Apparat“. Hintergrundinformationen entnehmen wir einem Artikel der Frankfurter Rundschau von Lilo Weinsheimer:

Im Oktober stellten zwei junge Leute in Bremen ein brisantes Buch vor, und eine aktive Bürgerbewegung ist daraus entstanden. Rolf Gössner, von Beruf Rechtsanwalt, und der Journalist Uwe Herzog haben sich auf 365 Seiten die Polizei vorgeknöpft. „Der Apparat — Ermittlungen in Sachen Polizei“ heißt das bei Kiepenheuer & Witsch in Köln verlegte Werk, das seither für erhebliche Unruhe sorgt. Die gleichzeitig in Bremen gegründete Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“ kann sich über Mangel an Arbeit nicht beklagen.

Was das Buch will, ist im Klappentext nachzulesen: „Es ist der Versuch, herauszufinden, was hinter den verschlossenen Türen der Polizei vor sich geht; im Alltag und bei Grobverbrechen. Mit den Mitteln der teilnehmenden Beobachtung, der Reportage und mit Hilfe authentischer Zeugenberichte aus der Innenwelt, die von alltäglichen Polizeiübergriffen handeln. Anhand von geheimen Dokumenten, internen Statistiken und wissenschaftlicher Literatur wird der drastische Ausbau des Polizeiapparates in der Bundesrepublik nachgezeichnet und analysiert.“ Und: „In den letzten zwei Jahren starben mindestens 28 Menschen durch Polizeikugeln.“ Den Anstoß für das Buch hatte der Polizist Rudolf Oltmanns gegeben. „Er tat zehn Jahre lang auf einem Bremer Revier Dienst. Er beobachtete Übergriffe von Polizisten auf Bürger und die Vorurteile vieler seiner Kollegen gegenüber in Verdacht geratenen Bürgern. Er kündigte bei der Polizei, holte in Abendkursen das Abitur nach und studiert jetzt Agrarwissenschaften.“

Außer Oltmanns kommen Polizisten und Ex-Polizisten ausführlich zu Wort. Gössner und Herzog leiten die Berichte von Übergriffen und Willkür aus Düsseldorf, Bremen, Berlin

das ein Beweis für sorgfältige, unangreifbare Recherche.

Gössner und Herzog sind seit Oktober zu Reisenden in Sachen „öffentliche Polizeikontrolle“ geworden. In großen und kleinen Städten referieren sie über ihr Thema. Der Publikumsandrang ist enorm, der Wunsch mehr zu erfahren über die Bremer Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“, groß. In Emden, Tübingen, Oldenburg, Freiburg, Hamburg und Dortmund haben sich schon Zusammenschlüsse gebildet.

Die Bremer Kontrolleure des „Apparats“ haben sich, unter anderem von der Humanistischen Union, der Bremer Strafverteidiger-Initiative und den Grünen unterstützt, zum Ziel gesetzt, der individuell-juristischen Hilfe bei Polizeiübergriffen, der Dokumentation der aktuellen Polizeientwicklung im Lande Bremen und auf Bundesebene, der öffentlichen Kontrolle des Polizeiapparates sowie der politischen Aufklärung über Einzelübergriffe und deren apparative Logik zu dienen. Ergänzend ist an die Einrichtung eines Beirates „aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit fachlichem Bezug“ gedacht.

Bürger müßten kontrollierende Funktionen übernehmen, weil die gesetzlich zuständigen Kontrollinstanzen fast durchgängig bei der Aufklärung grundgesetzwidriger Polizeipraktiken versagten. In dem noch provisorischen Büro der Initiative (Bremen, Humboldtstr. 56) ist viel Post zu bearbeiten. Vor allem sogenannte kleine Leute melden sich: die Mofafahrerin, die in einer für sie nicht überschaubaren Situation von Polizisten angeschrien wurde; der Mann, der noch nie mit der Polizei zu tun hatte und, dem jetzt eine Hausdurchsuchung zum Alptraum wurde; die Krankenschwester, die sich durch die Polizei „wie der letzte Dreck behandelt“ fühlte. Man werde sammeln, sichten, prüfen und

Als erstes Bundesland wird Baden-Württemberg Gummischrotgeschosse als neue Distanzwaffe für die Polizei einführen, so wie bereits zuvor schon das umstrittene CS-Gas! Baden-Württemberg wird sich um eine bundesweite Einführung der Waffe bemühen, rechnet aber wegen des Einstimmigkeitsprinzips in der Innenministerkonferenz nicht mit einem Erfolg. Die F.D.P. im Stuttgarter Landtag hat bereits erklärt, daß sie der Einführung nichts in den Weg legen werde. Die SPD verhält sich noch abwartend.

Gummischrotmunition besteht aus sechseckigen Hartgummwürfeln, bei denen zwei Seiten zu einer einzigen abgerundet sind und die eine Kantenlänge von 25 Millimetern aufweisen. Bei jedem Schuß lösen sich 16 Geschosse aus der Pistole mit dem Namen MZP 1. Ihre schmerzhaft wirkung sollen sie in einer Entfernung von 10 bis 25 Metern erzielen. Wegen der Verletzungsgefahr bei Entfernungen unter zehn Metern soll die neue Waffe nur eigens dafür zu schulenden Beamten von Polizeispezialeinheiten in die Hand gegeben werden.

Die Stadtpolizei in Zürich, die seit Jahren über Gummischrot verfügt, hat bei 30000 verschossenen Gummischrotkugeln fünf Körperverletzungen registriert, davon eine, bei der eine Frau ein Auge verloren hat. Im Rahmen seiner Fürsorgepflicht für die Polizisten wollte Innenminister Herzog dieses Risiko und die im Normalfall eintretende „vorübergehende körperliche Beeinträchtigung“ von gewalttätigen Demonstranten in Kauf nehmen.

Auf einer Veranstaltung der Fachschaft Medizin in Gießen zeigten Vertreter einer irischen Widerstandsbewegung die Folgen von Gummi-/Plastik-Geschossen auf. Diese Waffen haben in Nord-Irland nicht nur schwerste und lebenslang entstellende Verletzungen hervorgerufen, sondern seit ihrer Einführung 1970 sind durch diese Waffen bereits 20 Menschen getötet worden.

Seminar der Anti-Kabel-Initiative

15.-17. April 1983 im Haus Ruhr in Schwerte

Neue Informationstechnologien, d.h. die Verbindung von Bildschirm, Computer und Glasfaserkabel werden nicht nur Arbeitsplätze vernichten, Arbeit sinnentleeren, sondern auch unseren Alltag und die Formen politischer Herrschaft nachhaltig verändern. Die sozialen Folgen dieser technischen Revolution sollen genauer untersucht werden. **Kontaktadresse:** Bildungswerk der HU NRW, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel. 227982 (Vorwahl 0201)

und Frankfurt ein mit Zitaten aus dem Bundesbeamtengesetz, wo es in den Absätzen 1 und 4 des Paragraphen 61 heißt, der Beamte habe auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses Verschwiegenheit zu bewahren. Jedoch: „Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht des Beamten, Straftaten anzuzeigen und bei Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für deren Erhaltung einzutreten.“

Es hat zwar hier und dort Wutausbrüche gegen das Buch gegen die Informanten und Autoren gegeben, aber nicht eine einzige juristische Maßnahme. Für die Autoren und ihre befreundeten Gruppen und Initiativen ist

auch Querulanten erkennen, und „wir wollen auch kritische Polizeibeamte ermutigen, ihre objektive Rolle innerhalb des abgeschotteten, anonymen und übermächtig gewordenen Polizeiapparates zu überdenken und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.“ — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals an die — ebenfalls von der HU mitgegründete — Berliner Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ erinnert, die es seit 1979 gibt. Sie hat im vergangenen Jahr ihre zweite Broschüre herausgebracht mit dem Titel „Polizei im rechtsfreien Raum“; sie ist zu beziehen für DM 4,— beim LV Berlin der HU, Kufsteiner Str. 12, 1000 Berlin 62.

Die Humanistische Union hat sich seit 1978 gegen die Einführung von CS-Gaswaffen — die zuerst als Dienstwaffen im Strafvollzug dienen sollten — und Gummigeschossen für die Polizeibewaffnung gewehrt. Der Landesverband Berlin hat schon vor längerer Zeit — es wurde in den Mitteilungen darüber berichtet — eine Ton-Dia-Serie über „Neue Waffen für die Polizei“ zusammengestellt, die wir heute vor allem für Ortsverbände und Mitglieder in Baden-Württemberg nochmals vorstellen.

Das Material informiert über das gesamte Spektrum dieser sogenannten „unschädlichen“ Waffen, über ihre Geschichte; es zeigt die Wirkung dieser Waffen auf und die Gefahren beim Einsatz. Die Serie besteht aus ca. 70 Dias für normale Heimprojektoren, einer C90-Cassette, abspielbar über jeden Cassettenrekorder und schriftlichem Begleitmaterial; sie eignet sich sehr gut für eine spontane HU-Veranstaltung oder eine Veranstaltung zusammen mit anderen Gruppen. Kosten für HU-Veranstaltung: Rückporto für ein Päckchen DM 3,—, für andere Gruppen DM 30,—. Wenn sie interessiert sind, melden Sie sich bitte in der Bundesgeschäftsstelle München, Bräuhausstr. 2, Tel. 089/226441-42.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung Wer sind wir und was soll das?

In der „Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung“ haben sich ca. 20 in der Regel kleinere Bildungswerke — darunter auch das Bildungswerk der HU — zusammengefunden, die schon seit 2 Jahren lose kooperiert haben. Manche Einrichtungen sind bereits 10 Jahre alt, andere sind soeben erst vom Land NRW anerkannt worden. Viele Mitgliebereinrichtungen haben Schwerpunkte in ihrer Bildungsarbeit gesetzt, so z.B. die Vermittlung entwicklungspolitischer Themen, die Förderung der Kreativität, die Familienbildung oder Friedenspolitik im weiteren Sinne, einige Bildungswerke arbeiten stark mit bestimmten Zielgruppen (z.B. mit Ausländern, Jugendlichen, Frauen, Strafgefangenen), manch andere Einrichtung deckt die ganze mögliche Bandbreite der Erwachsenenbildung in NRW ab. Was bewegt also solche recht unterschiedlichen Träger von Bildungsarbeit, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, und was bedeutet das offensichtlich alle zusammenfassende „andere“ in der Namensgebung?

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die 1980 einsetzenden Kürzungen der Landeszuschüsse ein wichtiger Anlaß für diesen Zusammenschluß waren, aber etwas mehr als eine Lobby zur Vertretung unserer finanziellen Interessen wollen wir doch sein. Ohne Zweifel konnten die völlig überproportionalen Zuschußkürzungen der letzten Jahre gerade deshalb ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden, weil im Weiterbildungsbereich — wie im Schulsektor — schon seit Jahren keine Reformvorstellungen mehr formuliert werden oder — wo sie sich doch hervorwagen — keinen gesellschaftlichen Rückhalt finden. Zwar wird noch überall von der überragenden Bedeutung lebenslangen Lernens geredet, doch in der Praxis fragen sich eher die demotivierten Pädagogen, ob sie mit ihren Forderungen nach Ausbau statt Abbau der Weiterbildung der Gruppe der Arbeitslosen etwas wegnehmen. Hier wird Erwachsenenbildung latent als etwas von gesellschaftlichen Konflikten Abgetrenntes verstanden.

Wenn wir Bildungsarbeit als wesentlichen Bestandteil gesellschaftlicher Bewußt- und persönlicher Subjektwerdung ansehen und damit als Element qualitativen Wachstums, dann betonen wir damit gerade die Bedeutung der Weiterbildung in Zeiten der Krise. Von hier aus erschließen sich wichtige Merkmale einer „anderen Weiterbildung“, ohne daß wir ein Monopol für Emanzipation und Alternativpädagogik reklamieren wollten:

— Wir wollen keine Bildungsarbeit im von der Wirklichkeit abgesonderten pädagogischen Ghetto, sondern mit unseren Angeboten dorthin gehen, wo soziale Konflikte existieren und ausgetragen werden.

— Wir wollen die Trennung zwischen politisch-sozialem Handeln und politisch-sozialer Bildungsarbeit ansatzweise aufheben und in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen (Frauenbewegung, Ökologiebewegung, Arbeiterbewegung, Friedensbewegung, Selbsthilfegruppen) Konzepte des Überlebens und Besserlebens erarbeiten.

— Wir wollen die Weiterbildung für neue Zielgruppen öffnen, diese am Ort ihrer Probleme aufsuchen und zu ihrer Orientierung und Selbstverständigung beitragen (z.B. Arbeitslose, Ausländer).

— Wir wollen eine Bildungsarbeit versuchen, die den ganzen Menschen zum „Gegenstand“ hat, also intellektuelle, soziale und kreative Fähigkeiten unserer Kursteilnehmer gleichermaßen freilegt.

— Wir wollen (im oft engen Rahmen von Weiterbildungsgesetz, Verwaltungsvorschriften und finanziellen Möglichkeiten) eine von

„Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität“ gegründet

Am 21. November 1982 wurde in Hamburg die „Arbeitsgemeinschaft humane Sexualität“ (ahs) gegründet. Der Verein, der seinen Sitz in Bonn hat, möchte auf der Basis eines umfassenden wissenschaftlichen und emanzipatorischen Verständnisses einen Beitrag zur Humanisierung der menschlichen Sexualität leisten. Initiiert wurde die „ahs“ von Mitgliedern der GFSS („Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung“), die sich zu Beginn des letzten Jahres aufgelöst hat. Der neue Verein setzt sich in erster Linie aus Psychologen, Sexualwissenschaftlern, Pädagogen, Sozialarbeitern sowie Mitgliedern verschiedener Emanzipationsgruppen und Selbsthilfeeinrichtungen zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft wird Tagungen und Kongresse veranstalten, Stellungnahmen erarbeiten, Forschungsprojekte durchführen und fördern sowie Selbsthilfegruppen unterstützen. Zu Vorsitzenden wurden in der Gründungsversammlung Egbert Schmidt und Horst Kirchmeier gewählt. Nähere Informationen erhalten Sie über die Geschäftsstelle der „ahs“: 1000 Berlin 21, Alt-Moabit 40, Tel. 030/3935315

Johannes Glötzner

Medientage in Hannover

10.-13. Februar 1983 in der PH Hannover

Es soll auf die mit der Zulassung des kommerziellen Rundfunks einhergehenden Entwicklungen aufmerksam gemacht werden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau neuer Kommunikationswege. Rationalisierung, Datenschutz und staatliche Überwachung, geistige Verarmung und Zerstörung sozialer Bindungen u.a. sind Problemfelder, die behandelt werden müssen.

Kontaktadresse: Landesverband Niedersachsen der HU, Bodo Wiechmann, Plathnerstr. 22, 3000 Hannover, Tel. 8552 19 (Vorwahl 05 11)

hauptberuflichen und nebenberuflichen Mitarbeitern sowie Teilnehmern weitgehend selbstbestimmte Bildungsarbeit, ohne Zensur durch politische Instanzen oder gesellschaftliche Großorganisationen.

Obgleich parteipolitisch und konfessionell nicht gebunden, verstehen wir unsere Arbeit nicht als wertfrei: in der mit den Teilnehmern gemeinsam erarbeiteten Fähigkeit und Bereitschaft zu politischem und sozialen Handeln sehen wir die wichtigste Aufgabe der Weiterbildung und unsere Parteinahme.

Die Sparmaßnahmen der Landesregierung drohen nun allerdings, Weiterbildung zum Luxusgut zu machen: kostenintensive Arbeit, z.B. in den Stadtteilen, mit Jugendlichen, Ausländern, die sich gelegentlich der Grenze zur Sozialarbeit nähern muß, wird unmöglich; die ehrenamtliche Arbeit in den Bildungswerken, die immer unentbehrlich war, ist nicht mehr auszudehnen; viele kleine Einrichtungen mit ganz spezifischen Stärken werden spätestens 1984 ihre Arbeit einstellen müssen. Wir fürchten, daß sich mittelfristig eine Kommerzialisierung der Weiterbildung durchsetzt, die Bildungsarbeit endgültig von

politisch-pädagogischen Erwägungen abkoppelt und sie dem Diktat finanzieller und technokratischer Erwägungen ausliefert. Gegenakzente können wir hier nur so lange setzen, wie es uns gibt! Es liegt also nahe, daß wir an der Absicherung unserer Existenz interessiert sind und dafür arbeiten; darüber hinaus fordern wir aber, sämtliche Haushaltskürzungen im Kultur-, Bildungs- und Sozialbereich zurückzunehmen.

Neben dieser Interessenvertretung auf der politischen Ebene wollen wir den wichtigen Beitrag kleiner, unabhängiger Bildungseinrichtungen im nordrhein-westfälischen Weiterbildungsangebot deutlicher als bisher machen, wir wollen — von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt — öffentliche Tagungen durchführen und wissenschaftliche Arbeiten initiieren, um so die Fundamente und die Resonanz „anderer“ Weiterbildung zu verbreitern. Wir laden ein zur Kooperation.

Vorläufige Geschäftsstelle:

LAAW, c/o SOBI, Friedrich-Ebert-Str. 125, 4400 Münster, Tel. 0251/795655

Danke für die Spenden

Über 100 HU-Mitglieder haben bis Ende Januar auf ihr Taschengeld, ihren Festtagsbraten, ihre Sahnetorte, ihren F.D.P.-Jahresbeitrag oder auf sonst etwas verzichtet und uns den Beitrag von

DM 8.699.00

für HU-Werbung gespendet. Wir freuen uns sehr und sagen allen Spendern herzlichen Dank.
Ihre
Angelika Stegmann

Alternativen zur Wirtschaftspolitik

Über eine Veranstaltung des Ortsverbandes Karlsruhe berichtet Martel Rudolph:

Nach langwieriger Suche gelang es schließlich, Prof. Rudolf Hickel, Uni Bremen, als Referenten für das Thema „Alternativen zur Wirtschaftspolitik“ zu gewinnen. Rudolf Hickel ist Sprecher der „Gegengutachter-Gruppe Memorandum“. Diese Gruppe, die aus Wirtschaftswissenschaftlern besteht, legt alljährlich ein Gegengutachten zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats der „fünf Weisen“ vor, zeigt also Alternativen auf. Rudolf Hickel gliederte seinen Vortrag in drei Fragen: 1) Welche Rolle spielt die Ökologie?, 2) Woher kamen und kommen die Krisensituationen?, 3) Wie sind die gesellschaftspolitischen Auswirkungen?, die schließlich zum Hauptanliegen des Abends führten: Wie müssen Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik aussehen?

Der Referent zeigte auf, wie seit 1975 in zunehmendem Tempo die ökologische Krise in der Umweltverschmutzung, der Verschwendung und Vernichtung von Rohstoffen (Rüstungsindustrie) und der Vernichtung von Arbeitsplätzen voranschreitet, wie Rationalisierung, Automatisierung, Umverteilung und Manipulation von Kapital die Krise verschärfen. Die Mikroelektronik läßt weitere Einbrüche folgen. Es wurde überzeugend dargestellt, wie die rechthaberischen Argumente von Investitionspolitik als Wachstumserhöhung und Ausweg aus der Krise eine Verschleierung sind.

Den unübersehbaren gesellschaftlichen Auswirkungen der jetzigen Wirtschaftspolitik gilt der nächste Abschnitt der Darlegungen. Die arbeitende Bevölkerung hat diese Auswirkungen vorwiegend zu tragen. 2,5 Millionen Arbeitslose bilden die entscheidende Herausforderung. Die Zunahme der Armut läuft parallel zur Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit — von Rudolf Hickel als Nullzeit für die Betroffenen definiert — wird zum Instrument zur Durchsetzung von Unternehmerinteressen. Dazu führte er eklatante Beispiele an, wie das Pokerspiel um „Arbed“, den seit 15 Jahren niedrigsten Krankenstand der Beschäftigten bei Zunahme von Krankheiten und anderem mehr. Auch die großen Löcher im sozialen Netz gehören dazu. Keine noch so aggressive Unternehmenspolitik wird ohne Gefährdung der Demokratie Abhilfe bringen.

Als Konsequenz aus den Darstellungen und Fakten entwickelte Rudolf Hickel seine Gedanken und Vorstellungen von Alternativen,

Rückschlag im Datenschutz

Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze, Fritz-Bauer-Preisträgerin der HU 1982, spricht in ihrem jetzt vorgelegten 3. Tätigkeitsbericht von einer unrühmlichen Spitzenposition Baden-Württembergs. Dort hatte man am 24.6.82 das Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes verabschiedet; doch damit nicht genug: Es gibt nun auch einen Gesetzentwurf der Landesregierung über einen neuen Datenschutz im Forschungsbereich. Wir zitieren aus einer Stellungnahme dazu von Frau Leuze:

Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker und andere Angehörige von Heilberufen, Berufspsychologen, Anwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Ehe-, Erziehungs- und Jugendberater, Berater für Suchtfragen, Angehörige anerkannter Beratungsstellen nach § 218 b StGB, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, private Kranken-, Unfall- und Lebensversicherungen und privatärztliche Verrechnungsstellen sollen in Zukunft berechtigt sein, alle Einzelheiten, die ihnen hilfesuchende Menschen anvertrauen, ohne ihr Wissen und unter voller Nennung ihrer Namen an Forscher aller Fachrichtungen weiterzugeben. Die Realisierung dieses Plans zerstört mit Sicherheit das notwendige Vertrauen der Bürger zu den beratenden und betreuenden Stellen oder läßt solches Vertrauen gar nicht erst entstehen. Das bedingungslose Vertrauen rat- und hilfesuchender Menschen zu diesen Stellen und Personen ist aber Grundvoraussetzung für richtige und wirksame Hilfe; deshalb schützt es unsere Rechtsordnung bislang ganz besonders. Die Absicht, diesen Schutz im Forschungsbereich zu beseitigen, ist mit der im Grundgesetz verankerten Menschenwürde und dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit unvereinbar; zum Teil greift der Gesetzentwurf auch in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ein.

Die Landesregierung hat die Absicht, generell Krankheitsdatenregister zuzulassen. Wissenschaftler werden in Zukunft kranke Personen und die Einzelheiten ihrer Erkrankung auf viele Jahre hinaus speichern und diese Daten für eine Vielzahl unbekannter Forschungsvorhaben auswerten. Kein Patient ist dann mehr davor sicher, daß er nach Jahren auf eine Krankheit angesprochen wird, die er längst auskuriert hat und an die er nicht mehr erinnert sein will. Frau Leuze weist darauf, daß der Wert zentraler Krankheitsregister unter Medizinern durchaus umstritten ist. Dies zeigte der Verlauf der Diskussion auf dem Deutschen Ärztetag 1982 ganz deutlich. Wenn gleichwohl die Regierung von Baden-Württemberg glaubt, für bestimmte Krankheiten ein Krankheitsdatenregister zu benötigen, muß sie sich der Mühe unterziehen, wegen der Schwere des damit verbundenen Grundrechtseingriffs eine gesetzliche Regelung für den Einzelfall zu erarbeiten, also zum Beispiel ein Krebsregister-

gesetz. Diese Ansicht vertreten die Datenschutzbeauftragten aller Länder und des Bundes.

Völlig unannehmbar ist auch die Absicht der Landesregierung, das Auskunftsrecht der Bürger abzuschaffen. Kein Bürger in Baden-Württemberg soll mehr erfahren, ob und welche Einzelheiten Wissenschaftler über ihn speichern. Hiermit wird die Entmündigung des Bürgers im Forschungsbereich perfekt, ohne daß es die geringste Rechtfertigung für diese Beschneidung seines Selbstbestimmungsrechts gibt. Der Bürger hat dann keine Möglichkeit mehr, die Rechtmäßigkeit einer Datenspeicherung durch Gerichte überprüfen zu lassen. Damit wird das jedermann vom Grundgesetz garantierte Recht ausgehöhlt, gegen Eingriffe durch öffentliche Stellen die Gerichte anzurufen.

Eine sachliche Notwendigkeit für die geplante, im Bundesgebiet einmalige Rechtsänderung besteht nicht. Zahlreiche Kontakte mit Forschern auf den verschiedensten Gebieten haben dies deutlich ergeben. Ernsthaftige Schwierigkeiten gibt es nur im Bereich der medizinischen Forschung. Ihre Ursache ist aber entgegen der von der Landesregierung und interessierten Kreisen laufend gegebenen Darstellung nicht das Landesdatenschutzgesetz, sondern die ärztliche Schweigepflicht, die seit altersher gilt. Frau Leuze stellt fest: „Man benutzt das Landesdatenschutzgesetz gegenüber der Öffentlichkeit als Blitzableiter, weil man nicht wahrhaben will, daß Ärzte schon lange vor seinem Inkrafttreten mit Duldung, ja teils sogar Billigung der Aufsichtsinstanzen in großem Umfang gegen die ärztliche Schweigepflicht verstoßen“.

Die Datenschutzbeauftragte lehnt den Gesetzentwurf der Landesregierung ab, weil er elementare Grundrechte der Bürger weitgehend aus den Angeln hebt. Allein die Tatsache, daß die Regierung einen solchen, in seinen Auswirkungen nicht völlig durchdachten Gesetzentwurf zur Anhörung gab, schadet dem Persönlichkeitsschutz und verstärkt die ohnehin bestehende Rechtsunsicherheit im Land. Die Datenschutzbeauftragte appellierte an die Landesregierung, ihre gesetzgeberischen Pläne zu überdenken und davon abzusehen, in der Bundesrepublik weiter Vorreiter im Abbau des Persönlichkeitsschutzes zu sein.

die trotz der Politik unseres Ordnungsstaates erforderlich sind. In 8 Punkten lassen sich wesentliche Forderungen zusammenfassen:

- 1) eine grundsätzliche Umorientierung ist nötig (humane Technisierung);
- 2) Umbau der Rüstung auf sinnvolle Produkte;
- 3) menschenwürdige Wachstumserhöhung ist möglich im Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Ökologie (z.B. Spraydosen, Energie);
- 4) Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung mit Einkommenssicherung ist nötig;
- 5) Neugestaltung und Umverteilung erfordert starke soziale Bewegungen, Gruppie-

rungen, geschulte und einsatzbereite Gewerkschaften (Friedensbewegung);

- 6) es muß ein Konsens hergestellt werden, was und wie produziert werden soll;
- 7) neben einer Gesamtkonzeption bedarf es Gegenwartsforderungen, die schrittweise verwirklicht werden können;
- 8) ein Lern- und zugleich Aktivierungsprozeß ist national und international in Gang zu bringen.

In der lebhaft geführten Diskussion kamen viele Fragen auf, z.B. nach Arbeitsschutz, Mieterschutz, Umstrukturierung der AEG, Kapitalverflechtung, Trägern der Alternativbewegungen jetzt und früher.

„Es sind pure Befehlsempfänger“

Ich möchte einige persönliche Erlebnisse mitteilen, wo ich Direktinformationen bekommen habe. Leider kann ich da nicht mit meiner wirklichen Identität als Schriftsteller vorgehen. Ich muß da leider also wieder mal zu verdeckten Methoden greifen, weil ich sonst keine aufrichtigen Antworten bekommen könnte: es betrifft den Militärbereich, unsere Armee, die Bundeswehr. Und es ist fast wie in Diktaturen: die Uniform allein verschafft den Zugang. Es sind verschiedene jüngere Offiziere, auch einige ältere, mit denen ich zu tun hatte und die mir zum Teil, da sie glaubten, ich wäre einer der ihnen, doch unverstellt Auskunft gaben. Das Erschreckende war: es sind hier keine kriegslüsternden Faschisten, es sind auch keine erklärten Demokratie-Feinde, es sind pure Befehlsempfänger, die glauben, nichts als ihre Pflicht zu tun, und die einem auch offen sagen, daß sie jeden Befehl — egal, welchen — ausführen, wenn sie ihn erhalten. Ich habe jetzt genauere Informationen bekommen, und zwar war das einhellig. Wenn hier im nächsten Jahr, Herbst 83, Pershing II von den Amerikanern in unserem Land installiert wird, dann haben sie bereits Sandkasten-Spiele durchgeführt und sind der Auffassung, daß mit großer Wahrscheinlichkeit — einige sprechen von bis zu 80%iger Wahrscheinlichkeit — das einen Atomkrieg auslösen würde, und zwar mit der Begründung, daß die Sandkasten-Spiele ergeben haben, daß hier eine Kuba-Situation mit umgekehrten Vorzeichen stattfände und von daher diese Waffen einfach zum Einsatz kommen müßten. Sie beruhigen sich damit oder spielen es durch, daß es wahrscheinlich doch ein begrenzter europäischer Atomkonflikt sei. Das ist kein Trost für uns. Daß das überhaupt schon einkalkuliert wird, daß sie sich schon damit abfinden, ich finde, das zeigt, daß es fast schon zu spät ist.

Eine Äußerung, die mich auch beschäftigt: Ein etwa 50jähriger Offizier im Majorsrang hat mir auf die Frage geantwortet, was für ihn Frieden bedeutet? Er sagte wörtlich: „Wenn wir unsere Feinde besiegt haben.“ Ich finde, solange überhaupt noch solche Feindbilder in ihren Hirnen herumspuken, ist die Kriegsgefahr ganz akut, ist sie sehr bedrohlich. Ein jüngerer Pilot erzählte, daß er sein Kriegsziel, eine Stadt in der Sowjetunion westlich des Urals, regelmäßig simulierend anfliegt, d.h.

tion, mit ihrer Befehls- und Gehorsamsmentalität und ihrem Mangel an Phantasie. Das ist ein enormer Phantasiemangel, der sich da breitmacht, sie können sich eine endgültig friedliche Welt überhaupt nicht vorstellen, sie glauben, sie können den „Ernstfall“ hinauszögern, hinausschieben. Aber sie richten sich letztlich darauf ein. Das heißt, nach ihrer Vorstellung würde die Front dann mitten durch Europa verlaufen, es würde weder Sieger noch Besiegte geben und es bedeutete

Sind Sie umgezogen ???

Bitte helfen Sie mit, unsere Kosten zu senken, indem Sie die Bundesgeschäftsstelle über jeden Wohnungswechsel sofort informieren!

Vor- und Zuname:

Neue Anschrift: Bisherige Anschrift:

Straße: Straße:

Ort: Ort:

Als Briefdrucksache im offenen Umschlag einsenden (0,70 DM).

er fliegt dann nach Sardinien — das ist etwa die gleiche Entfernung — und wirft seine Bombenattrappen ab. Er hat sich voll darauf eingestellt. Er macht diese Flüge — ich hab ihn in lange Gespräche verwickelt und er wird nicht daran irre, sondern er sagt, das ist sein Job, das ist sein Auftrag. Das heißt, es sind hier Technokraten am Werk, wieder einmal, in bewährter Tradi-

dann die endgültige Kapitulation der Vernunft, Humanität und der menschlichen Zivilisation.

Aus: Veranstaltungsprogramm 1983 des Deutschen Freidenker Verbands, Ortsgruppe München. Das Programm ist zu beziehen bei Michael Lazarus, Maronstr. 1, 8000 München 70; Schutzgebühr DM 4,—

Kurzberichte — Informationen — Einladungen

Berlin

Aus Protest gegen den Entwurf, mit dem CDU und F.D.P. ein neues Rundfunk-Gesetz für den Sender Freies Berlin installieren wollten, hat sich der Berliner Landesverband der „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Rundfunk“ angeschlossen. Im Eilverfahren und ohne schriftliche Begründung ist die Novelle inzwischen verabschiedet worden, die das bisherige Kräfteverhältnis im Rundfunk nachhaltig verändert hat. Es ist zu befürchten, daß damit auch die Meinungsvielfalt, die bisher im Programm des Senders möglich war, eingeschränkt wird. Sozialkritik wie sie in der von Profitinteressen abhängigen Presse kaum artikuliert werden kann, muß nach Ansicht des Landesverbandes im Rundfunk ihren Platz behalten. Die „Aktionsgemeinschaft“ will auch künftig zusammenbleiben als „Notgemeinschaft“ gegen weitere zu erwartende CDU-Medien-Streiche.

Düsseldorf

Anfang Dezember hat die Mitgliederversammlung folgenden Vorstand gewählt: zum 1. Vorsitzenden Dr. Wolf Jenkner, zum 2. Vorsitzenden Dr. Kurt Sternfeld, Schatzmeister

Jürgen Kallmann und Schriftführer Andreas Meckel. Zum Kassenprüfer wählte man einstimmig Dr. Till Müller-Heidelberg.

Es wurde beschlossen, daß ein monatliches öffentliches Vorstandstreffen stattfinden soll; es ist auf den ersten Mittwoch im Monat festgelegt, um 20 Uhr im Restaurant Ostasia, Bismarckstr. 62-66. Folgende Veranstaltungen wurden beschlossen:

25. Januar: „Kriegsdienstverweigerung zwischen Menschenrecht und Staatsräson“, mit dem Vorsitzenden der Zentralstelle für das Recht und den Schutz der Kriegsdienstverweigerer e.V., Ulrich Finckh, Bremen.

26. April: „Polizei und Demonstrationsrecht“

28. Juni: „Das Verfassungsschutzgesetz“ Für den Herbst wird eine Veranstaltung zum Thema „Bildschirmtext“ geplant.

Essen

Bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften forderten die Teilnehmer den Rat der Stadt Essen auf, Essen zur atomfreien Zone zu erklären. Zu diesem Bürgerantrag hatte die

HU und die „Friedensinitiative der städtischen Bediensteten“ aufgerufen. Man sprach sich einstimmig gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik aus. Auch wandten sich die Gesprächsteilnehmer gegen U-Bahnhöfe als Bunker und gegen ein geplantes unterirdisches Krankenhaus. Dadurch würde indirekt und psychologisch auf den Krieg vorbereitet. Uta Ranke-Heinemann forderte die Stadt auf, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung keine Atombunker brauche.

Frankfurt

Mit der Sterbehilfe befaßte sich eine Diskussions-Veranstaltung im November mit dem Thema: „Sterbehilfe auf Wunsch: Verbrechen oder humanes Gebot?“. Das Thema ist für viele noch zu heikel; zum vorgesehenen Sachverständigenkreis dieser Veranstaltung hatten alle Ärzte abgesagt und auch keine Vertreter der katholischen Seite waren gekommen. Einzig der evangelische Seelsorger des Universitätsklinikums stellte sich den Fragen. „Wir haben immer gut beerdigt, aber mit den Sterbenden tun wir uns oft schwer.“ Er war der Meinung, die Kirchen sollten endlich anfangen, über dieses Tabu-Thema zu spre-

Kurzberichte — Informationen — Einladungen (Fortsetzung)

chen. Vielleicht werden sie dann ihre Position zur aktiven Sterbehilfe ebenso ändern, wie sie ihre „unbarmherzige“ Haltung Selbstmördern gegenüber als falsch eingesehen haben. Die letzte Veranstaltung des Ortsverbandes im Dezember stellte die Frage „Ist Frankfurt studenteneindlich?“. In der Diskussion wurde dieses Thema von vielen Seiten behandelt; Verhältnis Bürger und Studenten, wie sorgt die Stadt für die Universität (in einer offiziellen Broschüre, die die Stadt vorstellt, hatte man die Uni schlicht vergessen, keine Stadtrundfahrt steuert ihr Gebäude an), die Wohnsituation im Stadtgebiet und die hohen Mieten verdrängen die Studenten in Uni-ferne Stadtgebiete. „Die geistigen und sonstigen Unruhen“, bei denen die Frankfurter Universität bundesweit führend gewesen sei, haben sich im Bewußtsein der mit ihr zusammenlebenden Bevölkerung negativ ausgewirkt. Dies wäre ein Anlaß, herauszuarbeiten, welche gesellschaftlichen Veränderungen von Frankfurt ausgegangen seien.

Die nächsten Termine und Themen von Diskussionsveranstaltungen sind (jeweils 20 Uhr, Haus Dornbusch, Clubraum 3):

2. März: „Sozialstaat oder Unternehmerstaat?“ Wie soll es weitergehen in der Gesellschaftspolitik.

Leitung: Klaus Scheunemann

Im Anschluß: **Mitgliederversammlung** zur Aufstellung von Kandidaten für die HU-Delegiertenkonferenz 1983.

6. April: „Reform des Zivildienstes — Bestrafung der Kriegsdienstverweigerer?“

Leitung: Dr. Harald Dörig

4. Mai: „Krach, Verletzte, Tote — wie kann Frankfurts Straßenverkehr humaner werden?“

Leitung: Karl-Heinz Wellmann

1. Juni: „Stiefkind Strafvollzug“ oder: „Das Übel mit den Kübeln.“

Leitung: Eva Tiedemann

Diese Veranstaltung findet statt in der JVA IV, Gustav-Radbruch-Haus, Obere Kreuzäckerstr. 8, Beginn 19 Uhr. Es ist unbedingt erforderlich, sich **vorher** schriftlich oder telefonisch anzumelden bei Dr. Paul Lindemann, Friedlebenstr. 4, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/526075; Personalausweis zur Veranstaltung mitbringen!

Hamburg

Die **Mitgliederversammlung** des Landesverbandes findet statt am **10. März**, 19 Uhr, im Liberalen Zentrum, Ottersbek Allee 1, Hamburg 19. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Es sollen die Kandidaten für die Delegiertenkonferenz 1983 aufgestellt werden.

Karlsruhe

Der Ortsverband beschloß seine Arbeit 1982 mit einer Veranstaltung zusammen mit dem Republikanischen Club zum Thema „Alternativen der Wirtschaftspolitik“.

Als Referent konnte Prof. Rudolf Hickel von der Uni Bremen gewonnen werden; er ist Sprecher der „Gegengutachtergruppe Memorandum“.

Wie in jedem Jahre, so hat auch 1982 wieder der Advents-Kindernachmittag mit chilenischen und deutschen Familien stattgefunden. Der Arbeitskreis des Ortsverbandes betreut schon seit 1976 die chilenischen Familien (mit inzwischen 20 Kindern) in allen auf sie zukommenden Problemen wie Wohnungsbeschaffung, Schulsorgen u.a. Man ist stolz darauf, für alle Familien bis auf zwei erst in letzter Zeit hier neu dazugekommenen Chilenen, Wohnungen beschafft zu haben. Der Kindernachmittag wurde wieder durch Spenden ermöglicht.

Köln

Der Ortsverband hat sich intensiv an den **Kölner Friedenswochen** beteiligt, die in diesem Jahr den bisher größten Unterstützerkreis gewinnen konnten.

Mannheim-Ludwigshafen

Der Ortsverband hat 1982 örtlich und überregional in der Friedensbewegung mitgearbeitet. Anfang Februar hat der Ortsverband zu einer **Mitgliederversammlung** eingeladen, die einen neuen Vorstand zu wählen hatte; die Namen werden in den nächsten Mitteilungen bekannt gegeben.

Marburg

Der Ortsverband hat Anfang Dezember eine Veranstaltung mit dem Marburger Rechtsanwalt Wolf Steinmeyer zum Thema „Strafverteidiger ohne Rechte?“ durchgeführt. Die anschließende Diskussion zeigte, wie wichtig eine Debatte über rechtspolitische Themen ist.

Zur Machtergreifung Ende Januar fand zusammen mit der Grün-Bunt-Alternativen Liste eine Veranstaltung im Asta mit August Haußleiter statt, die den Titel hatte „Der Widerstand, den es nicht gab“.

München

Ende Januar wählte die **Mitgliederversammlung** einen neuen Vorstand; ihm gehören an: Bernd Fricke, Johannes Glötzner, Erna Graf-Schwach, Gerd Hirschauer, Wolfgang Killinger, Dr. Hansjörg Siebels. Die Einzelheiten der bereits angekündigten Veranstaltung mit PRO FAMILIA liegen nun fest:

Für erwünschte Kinder, Erfahrungen der Münchner Schwangerenberatungsstellen nach der Neufassung des § 218 — und wie geht es weiter?

Podiums- und Publikumsdiskussion mit Vertretern der staatlich anerkannten Münchner Beratungsstellen, der Stadtverwaltung (Kreisverwaltungsreferat), der Kindertherapie, der

HU und PRO FAMILIA. Themen:

— Situation, Erfahrungen und Probleme der Schwangerenberatung (sstellen) in München

— Möglichkeiten und Chancen der Reduzierung ungewollter Schwangerschaften (Verhütung)

— Mut zur verantwortungsbewußten Elternschaft — Voraussetzungen, Hindernisse, Perspektiven

— Blick nach Bonn: welche Auswirkungen haben die Überlegungen der derzeitigen Koalitionsregierung über eine Neuregelung des § 218.

Montag, 28. Februar, 19 Uhr 30 im Bundesbahnhof, Konferenzsaal I. Stock, Eingang gegenüber Gleis 11, Hauptbahnhof München.

Niedersachsen

Der Landesverband Niedersachsen hat sich dem Aufruf zu den **Medientagen**, die in Hannover vom 10.-13. Februar stattfinden, angeschlossen; darin heißt es:

Die niedersächsische Landesregierung hat kürzlich einen Entwurf für ein Landes-Mediengesetz vorgelegt. Ziel dieses Entwurfs ist, in Niedersachsen den kommerziellen Rundfunk gesetzlich zuzulassen und im Sinne konservativster Wirtschaftspolitik zu regeln.

Die unterzeichneten Personen und Gruppen sehen sich daher aus ernster Sorge um die Zukunft eines demokratischen, vielfältigen Rundfunks veranlaßt, die Öffentlichkeit auf die aktuellen Gefahren im Medienbereich aufmerksam zu machen.

Der Ortsverband Hannover hat Ende Januar einen **neuen Vorstand** gewählt; ihm gehören an: Rainer H. David, Otfried Kleinrath, Wolfgang Lumma, Hildegard Pfeil und Bodo Wiechmann.

Bildungswerk der HU Bayern

Kabarettabend mit Helmut Ruge:

„**Monolog mit der Jugend**“

10. März, 20 Uhr, Theater Rechts der Isar, Wörthstr. 9.

Kartenvorbestellung Tel. 089/8542609

Bildungswerk der HU Nordrhein-Westfalen

Das Programmheft des 1. Halbjahres 1983 ist erschienen.

Die „mageren Jahre“ in der Weiterbildung haben sich in einem „mageren“ Programmheft niedergeschlagen, das Veranstaltungsangebot mußte noch stärker reduziert werden. Was bleibt ist die Entschlossenheit, unsere Leistungen und Perspektiven stärker als bisher in die Öffentlichkeit einzubringen.

Das neue Programmheft erhalten Sie in der Geschäftsstelle des Bildungswerkes, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Telefon 0201-227982.

Verlag: Humanistische Union e.V., Bräuhäuserstraße 2, 8000 München 2, Telefon (089) 226441/42

Erscheinungsweise: 1x vierteljährlich

Für diese Mitteilungen ist Helga Killinger verantwortlich (für den Diskussionsteil Johannes Glötzner, Prof.-Kurt-Huber-Straße 6, 8032 Gräfelfing).

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München * 700678600

Postscheck München 104200-807

Beilagen: Werbeblatt und Wahlordnung

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 22.4.1983